

Die Neue Energiepolitik der SPD-Fraktion Berlin Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Volksbegehren "Neue Energie für Berlin"

Stromnetze in öffentliche Hand

Die SPD-Fraktion und der Berliner Energietisch wollen, dass die Stromnetze in kommunale Hand zurückkommen. Ziel ist, Gewinne und Arbeitsplätze in Berlin zu halten und die Energiewende zu gestalten. Das schon bestehende landeseigene Unternehmen Berlin-Energie nimmt dazu am Wettbewerbsverfahren teil und bewirbt sich um 100 Prozent der Berliner Stromnetze. Künftig wird das Land mindestens 51 Prozent von Berlin Energie in Landeshand halten. ✓

Gründung von Stadtwerken

Die Koalition hat beschlossen, dass das Land Berlin Stadtwerke zur Stromerzeugung gründet. Während der Energietisch die Neugründung einer Anstalt des Öffentlichen Rechts favorisiert, hat die Koalition beschlossen, die Stadtwerke als Tochter der BSR zu gründen und dort die schon bestehende landeseigene Energieproduktion zu bündeln. ✓

100% Erneuerbare Energien

Die Koalition hat analog zur Forderung des Berliner Energietischs beschlossen, dass die Stadtwerke zu 100 Prozent erneuerbare Energien produzieren und in Berlin anbieten. Übergangsweise sollen hocheffiziente Blockheizkraftwerke (bei denen Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt werden) genutzt werden können. ✓

Transparenz

Die Koalition hat im Einvernehmen mit dem Berliner Energietisch beschlossen, dass für das Stadtwerk das Informationsfreiheitsgesetz gilt. Damit hat die Öffentlichkeit Zugang zu allen Dokumenten des neuen Stadtwerks. Zudem soll der Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht erhalten. Dieser Beschluss geht weit über die bisherigen Regeln für staatliche Unternehmen hinaus. ✓

Soziale Verantwortung

Die SPD-Fraktion und der Energietisch wollen, dass die Stadtwerke sozial verantwortlich agieren. In diesem Zusammenhang sollen sie auch strompreisdämpfend wirken. ✓

Gremienstruktur und Initiativrechte

Es wird ein Beirat und eine Ombudsstelle für das neue Stadtwerk geschaffen. Der Beirat soll nach Auffassung der SPD-Fraktion vom Abgeordnetenhaus bestellt werden. Der Energietisch möchte sechs Mitglieder des Verwaltungsrats – der die Eigentümerrechte wahrnimmt – durch alle Berlinerinnen und Berliner direkt wählen lassen. Zudem werden Initiativrechte für alle Berlinerinnen und Berliner eingeführt, auch wenn diese nicht Kunde der Stadtwerke sind. Die SPD-Fraktion hält die Direktwahl und die Initiativrechte für unrealistisch. ✗